



Der Vorsitzender des  
Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen  
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3397  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Elke Kessel

Wiesbaden, 26.01.2023

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen  
am Mittwoch, 1. Februar 2023, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften 07.12.2022 und 15.12.2022

2. **23-F-65-0001**

Auswirkung der Zinsentwicklung auf den städtischen Haushalt  
-Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und Freie Wähler/Pro Auto vom  
25.01.2023-

Durch den seit 2012 unter 1 % liegenden Leitzins der EZB waren für ein Jahrzehnt öffentliche Haushalte in der Lage, ihr Investitionsvolumen durch einen erheblichen Betrag gesparter Kreditzinsen zu erhöhen und sich Spielräume zu verschaffen. Die mit der Zinsentwicklung einhergehende positive Entwicklung der Wirtschaft hat wiederum zu höheren Gewerbesteuerereinnahmen geführt. Die Rücklagen der Landeshauptstadt Wiesbaden sind daher im vergangenen Jahrzehnt auf einen dreistelligen Millionenbetrag angestiegen.

Seit Juli 2022 hat die EZB den Leitzins zügig in mehreren Schritten auf nunmehr 2,5 % angehoben. Für das Jahr 2023 werden weitere Erhöhungen prognostiziert. Die Lohn-Preis Spirale ist auch in den Unternehmen angekommen. Die Inflation frisst durch höhere Kosten die zu erwartenden hohen Gewerbesteuererinnahmen auf und die mittelfristige Prognose der Kämmerei zeigt, dass die Rücklagen der Landeshauptstadt Wiesbaden innerhalb der kommenden drei Jahre aufgezehrt sein werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- I. zu berichten,
  1. welche konkreten Auswirkungen der aktuellen Zinspolitik der EZB auf den kommenden Haushalt 2024/2025 und die mittelfristige Finanzplanung zu erwarten sind,
  2. ob die Rücklagen schneller verbraucht sein werden, als in der aktuellen Prognose des Kämmers verlautbart,
  3. welche Zinsbindungsfristen bei Großprojekten in Millionenhöhe (über 40 Mio. €) im Durchschnitt bestehen,
  4. ob diese Großprojekte ausfinanziert sind (feste Zinsbindungsfrist bis zur vollständigen Rückzahlung), oder wieviel Prozent der Darlehenssummen am Ende der Zinsbindung als Restschuld übrig bleiben und eine Anschlussfinanzierung erfolgen muss,
  5. ob Kenntnisse darüber vorliegen, inwieweit sich die Zinserhöhung auf zukünftige Investitionsspielräume auswirken,
  6. ob aktuelle bereits in Planung befindliche Projekte gefährdet sind oder gar verzögert werden müssen.
- II. dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen quartalsweise über die Auswirkungen der aktuell dynamischen Zinsentwicklung Bericht zu erstatten.

### 3. **23-F-63-0017**

Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 25.01.2023-

Um als Kommune nachhaltiger zu werden, bedarf es einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation, aus der anschließend Strategien zur Steigerung der Nachhaltigkeit entwickelt werden. Der Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune (BNK) auf Basis des Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) gibt hierfür eine Orientierung, sorgt für Transparenz und schafft eine Vergleichbarkeit unterschiedlicher Kommunen in puncto Nachhaltigkeit.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

- I. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden schließt sich mit ihrer Kernverwaltung dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune an.
- II. Der Magistrat wird gebeten,
  - a) beginnend im Jahr 2023 einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen, der auf dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune basiert.

- b) hierfür Kontakt mit dem Rat für nachhaltige Entwicklung aufzunehmen und auch die Erfahrungswerte vergleichbarer deutscher Kommunen, die bereits nach BNK Berichte erstellen, aufzugreifen.
- c) sobald öffentliche Ergebnisse vorliegen über das difu-Projekt "Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite" von NRW-Städten (Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Oberhausen, Bochum, Bottrop, Münster, Wuppertal) und der NRW.Bank zu berichten. Soweit möglich unter direkter Beteiligung des Projektteams.

#### 4. 23-F-63-0018

Sachstand Stellenbesetzung in der Stadtverwaltung  
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 25.01.2023-

Die Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di) und der DBB Deutsche Beamtenbund und Tarifunion schätzen, dass derzeit 360.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst fehlen. Dabei werden sowohl offene Stellen als auch der Personalbedarf aus neuen Aufgaben berücksichtigt. Außerdem wird geschätzt, dass 1,3 Millionen Beschäftigte in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen .

Der Stellenplan gibt eine Übersicht über die benötigten Stellen zur ordnungsgemäßen Ausführung der Aufgaben der städtischen Verwaltung. Unbesetzte Stellen bedeuten, dass Aufgaben eventuell nicht oder nur unzureichend erledigt werden können. Darunter leidet das Bild der öffentlichen Verwaltung. Außerdem belastet das die Beschäftigten, die eventuell die Arbeit der nicht besetzten Stellen erledigen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie viele der im Stellenplan vorgesehenen Stellen sind über einen Zeitraum von 6-12 Monaten, 12-18 Monaten, 18-24 Monate und mehr als 24 Monaten nach Aufnahme in den Stellenplan noch unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 2) Wie viele der überplanmäßigen Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 3) Wie viele befristete Stellen sind derzeit unbesetzt? (Bitte aufschlüsseln nach Dezernaten und Ämtern, Angabe absolut und in Prozent)
- 4) Gemäß SV 21-V-11-4002 wurde im Jahr 2022 laut Statistik und Altersstrukturanalyse der Abgang von 230 Mitarbeitenden erwartet. Wie viele Mitarbeitende haben 2022 tatsächlich den Dienst bei der Landeshauptstadt Wiesbaden beendet? (Bitte aufschlüsseln nach Erreichen der Regelaltersgrenze und Fluktuation)

[Fachkräftegipfel der Regierung: Der Staat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht – ver.di \(verdi.de\)](#)

#### 5. 22-F-15-0018

Helios  
Bericht des Magistrats (Dezernat II) vom 22.11.2022 zum Antrag der Fraktion Freie Wähler / Pro Auto vom 13.09.2022-

6. Sachstand Akteneinsicht ESWE Verkehr
7. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation
8. Verschiedenes

Im Anschluss an die Sitzung trifft sich der Arbeitskreis Beteiligungskodex.

## Tagesordnung II

### 1. 22-F-63-0077

Auswirkungen der Energiesparmaßnahmen und steigender Energiepreise auf die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften  
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.09.2022-

**Anlage: Bericht des Magistrats (Dezernat V) vom 12.01.2023**

### 2. 22-F-63-0110

Beratungsaufträge  
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02. November 2022-

**Anlage: Bericht des Magistrats (Dezernat III) vom 09.01.2023**

### 3. 22-V-10-0007

DL 03/23-1

Neubau Bürgerhaus Kastel-Kostheim; Fortführung der Genehmigungsplanung - Ausführungsvorlage

### 4. 22-V-14-0002

DL 01/23-1

Gesamtabschluss zum 31.12.2020 des Verbundes der LHW - Entlastung des Magistrats gem. § 114 HGO

### 5. 22-V-40-0017

DL 01/23-5

Außensportfeld Hermann-Ehlers-Schule - Grundsatz- und Ausführungsvorlage

### 6. 22-V-40-0024

DL 01/23-6

Haushalt 2023 - Vorabfreigaben aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung

7. **22-V-41-0023** **DL 01/23-8**  
Internationale Maifestspiele 2022; vorläufiger Abschluss
8. **22-V-41-0024** **DL 02/23-1 NÖ, 01/23-9**  
Programm und Finanzierung Internationale Maifestspiele 2023
9. **22-V-50-0010** **DL 03/23-2**  
Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters
10. **22-V-50-0011** **DL 03/23-3**  
Kofinanzierung eines ESF-Förderprogramms "Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen (EhAP+)"
11. **22-V-51-0054** **DL 01/23-11**  
Freigabe aus Zusetzungen Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen im Rahmen der Jugendarbeit
12. **22-V-70-0004** **DL 01/23-13**  
Grundsatzbeschluss zum Bau und Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage
13. **22-V-82-0011** **DL 01/23-14**  
Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebs TriWiCon
14. **22-V-82-0017** **DL 03/23-4**  
Anpassung des Kostendeckungsgrades für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden
15. **22-V-82-0021** **DL 02/23-2 NÖ, 01/23-15**  
Weiterentwicklung Theatrium 2023 - 2025

16. 23-V-21-0002 DL 01/23-18  
§ 2b USTG - Verlängerung des Optionszeitraum bis 31.12.2023

17. 23-V-67-0003 DL 03/23-5  
Mitgliedschaft der Fasanerie Wiesbaden in fachbezogenen Verbänden

## NÖ Tagesordnung II

1. 22-V-20-0050 DL 01/23-1 NÖ  
Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WiBau GmbH

2. 22-V-23-0321 DL 01/23-2 NÖ  
Auflösung eines Erbbaurechts in Wiesbaden

3. 22-V-82-0020 DL 03/23-1 NÖ  
Kostenabrechnung Theatrium 2022

**Der Magistrat berät zu den beiden folgenden Punkten voraussichtlich am 31.01.2023.  
Die Unterlagen werden nachgereicht.**

4. Wiederkaufsrecht und Nachzahlungsvereinbarung Ankauf Domäne Mechtildshause und Sternenhof alt
5. Instandsetzungsmaßnahmen Tierpark Fasanerie

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Dr. Reinhard Völker**  
Vorsitzender

---